

# Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Bestellpreis täglich mit Zustellung der Gew.- und Zeitungs nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Bestellung monatlich 20, bei halbjähriger 100, bei jährlicher 180, auf dem Lande 25, durch die Post bezogen monatlich 25, bei halbjährlicher 125, bei jährlicher 225. Alle Postgebühren und Porto werden durch den Besteller zu zahlen. Bei Abwesenheit des Bestellers ist die Zustellung zu versichern. Bei Nichtannahme der Zeitung ist der Besteller zu befragen. Bei Nichtannahme der Zeitung ist der Besteller zu befragen. Bei Nichtannahme der Zeitung ist der Besteller zu befragen.



Inserentenpreis 20 für die 6 gelbe Zeilen ober oder unter dem Namen, die 2 gelbe Zeilen unter dem Namen. Bei Wiederholung und Jahresvertrag entsprechende Ermäßigung. Bei Anzeigen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2 gelbe Zeilen 10 Pfg. Nachmittags-Beleg 50 Pfg. Anzeigen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2 gelbe Zeilen 10 Pfg. Nachmittags-Beleg 50 Pfg. Anzeigen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2 gelbe Zeilen 10 Pfg. Nachmittags-Beleg 50 Pfg.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen.

Verleger und Druck: Arthur Schunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Rößig, für den Inseratenteil: Arthur Schunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 13

Sonntag den 15. Januar 1922.

81. Jahrgang

## Kleine Zeitung für eilige Leser.

- \* Die Konferenz von Cannes ist abgebrochen worden. Die deutsche Delegation ist nach Berlin abgereist.
- \* Die Vertreter Preussens im Reichsrat sind angewiesen, Abschnitte an dem Etat des Reichsernährungs- und des Reichsfinanzministeriums zu verlangen und für die Beseitigung dieser beiden Reichsministerien einzutreten.
- \* Bundesrat Calonder hatte in Oberschlesien eine Audienz mit den Vertretern der Berufsstände, wobei er eine unparteiische Prüfung der deutschen Wünsche und Beschwerden versprach.
- \* Ein Gesandtschaftsmitglied, das den Wucher bei Untervermietungen von Wohnungen oder Wohnungsstellen verhindern soll, soll bald fertiggestellt werden.

## Besprenzt . . .!

Zum Rücktritt des Kabinetts Briand in Frankreich und die dadurch bewirkte Sprengung der Konferenz von Cannes wird uns aus politischen Kreisen geschrieben: Heute noch auf stolzen Rossen — morgen durch die Brust geschossen, das diese tragende Weise eines alten preussischen Kriegerliedes auch auf den französischen Ministerpräsidenten anzuwenden sein würde, hat in dem Augenblick, als Herr Briand aus Cannes abdampfte, um in Paris rasch einmal nach dem Reich zu sehen, wohl kaum jemand ernstlich vorausgesehen. Gerade wollte er sich wieder einmal an dem Triumph weiden, die von ihm mit so merkwürdigen Worten „eingeladenen“ deutschen Delegierten vor dem Obersten Rat die Armut und die Ohnmacht ihres Landes eingestehen zu lassen — und statt seiner ist nun ein Telegramm an Lloyd George in Cannes eingetroffen, worin er benachrichtigt, daß es ihm ungemehrt peinlich sei, mit ihm nicht die Unterhaltung zu Ende führen zu können, die sie im Interesse ihrer beiden Länder und im Interesse des Friedens in Europa begonnen hätten. Sein Nachfolger werde hoffentlich glücklicher sein.

Der britische Premierminister wird Herrn Briand zweifellos auch seinerseits ein paar glatte Worte des Bedauerns zukommen lassen. Wie aber die inneren Gefühle beschaffen sein mögen, die diese Pariser Ohrfeige in ihm ausgelöst haben müsse, ist eine andere Frage. Zum mindesten wird man annehmen dürfen, daß auch er peinlich, sogar äußerst peinlich berührt sein wird von der „Zuverlässigkeit“ eines Bundesgenossen, mit dem er in monatelangen Verhandlungen über die allerwichtigsten Weltfragen zusammen gearbeitet hat, und der ihn nun gerade in der Stunde schmachvoll im Stich läßt, die Früchte dieser Anstrengungen dauernd in Sicherheit zu bringen. Wohl wird er, da er kein Phantast ist, mit der Möglichkeit gerechnet haben, daß Briand um des Falles von Cannes willen von der französischen Kammer gestürzt werden könnte; aber daß man ihn schon vorher aus Amt und Würden fortjagen würde, trotzdem er sich vor jeder entscheidenden Wendung in den Verhandlungen mit England des ausdrücklichen Vertrauens der Kammer versichert, das hat Lloyd George schwerlich vorausgesehen. Er dürfte, ebenso wie sonst so ziemlich alle Welt, den Fortschritt der Vernunft in Frankreich doch schon etwas höher eingeschätzt haben. Die Tatsachen haben aber bewiesen, daß in dieser Beziehung das französische Volk gar nicht tief genug tariert werden kann. Das französische Volk wenigstens in seiner maßgebenden Vertretungen. Es ist ja seltsam genug, daß Briand nicht durch die Kammer, nicht durch eine Debatte vor der gesamten Öffentlichkeit gestürzt worden ist, sondern, daß ihm schon im Ministerrat durch die abweichende Haltung einiger seiner Amtskollegen der Hals gebrochen wurde. Ein für so ausgesprochen demokratisch regierte Staaten wie Frankreich sehr ungewöhnliches Verfahren. Man muß annehmen, daß es beliebt worden ist, weil man die Bräuterei des britischen Premierministers nicht noch weiter treiben, weil man dem Nachfolger Briands immerhin die Möglichkeit offen halten wollte, auch seinerseits mit Lloyd George über den französisch-englischen Garantievertrag und die sonstigen gesamt-europäischen Fragen zu Verhandlungen zu gelangen. Daß man Herrn Briand in mitten der Tagung der Ganner Konferenz zum Rücktritt zwang, spricht unzweifelhaft für die Entschlossenheit seiner politischen Gegner. Daß man sich aber im Dunkel schleichender Intrigen bediente, läßt nicht gerade auf ein gutes Gewissen der Poincarés und Genossen schließen. Im Augenblick der ersten Überraschung ist man in England ehrlich genug, den Sturz Briands als eine Katastrophe für den Frieden Europas zu bezeichnen. Es wird gut sein, an dieses offene Wort zu erinnern, wenn die unaussprechlichen Kulisstschlebereien haben und drüben wieder einsehen werden, mit dem Ziel, die fürchterliche Bedeutung dieses Pariser Ereignisses vor den Wäldern der Welt zu verleiern.

In Deutschland haben also diejenigen recht behalten, die gar nicht dringlich genug vor irgendwelchen Hoffnungen auf das Ergebnis der Cannes-Konferenz warnen konnten. Ehe wir zu einem wahren Völkervertrag in Europa, ja auch nur zu einem ehrlichen Versuch der Wiederherstellung einer irgendwie gearteten Völkergemeinschaft gelangen können, muß in Frankreich, und nur in Frankreich, ein Gefinnungsumschwung sich vollziehen, zu dem, wie es offenbar geworden ist, immer noch alle Voraus-

setzungen fehlen. Briand zeigte sich geneigt, gestützt auf den weitumspannenden Wiederaufbauplan des britischen Premierministers, seine Hand zu ersten Bemühungen um den Frieden der Menschheit zu bieten. Dabei gedachte er, wohl gemerkt, nicht daran, die französischen Vertragsansprüche gegen Deutschland auch nur im mindesten preiszugeben. Das einzige, wozu er bereit schien, war allenfalls die Duldung eines Zahlungsaufschubs — keineswegs einer Zahlungskürzung — gegen neu festzusetzende Garantien. Darüber hinaus wollte er allenfalls auch in den Beginn von Verhandlungen mit Sowjetrußland willigen, da er ernstlich nicht beabsichtigte, daß ohne die Wiedererziehung des ehemaligen Jarenreiches in die europäische Wirtschaftsgemeinschaft das Stetium Europas nicht zu beheben ist. Schon diese denkbare minimalen Zugeständnisse an die Notwendigkeiten der gesamteuropäischen Lage haben ihn zu Fall gebracht. Der Ministerrat vom Donnerstag war nicht für die grundlegenden Gedanken des britisch-französischen Garantievertrages zu gewinnen und Briand mußte nach dieser Kostprobe darauf gefaßt sein, von der Kammer niedergeschrien zu werden. Er zog es vor, diesem äußersten Standal wenigstens aus dem Wege zu gehen und Herrn Poincaré das Kampffeld zu überlassen. Dieser Herr Poincaré ist für das Frankreich, wie es heute noch immer ist, der richtige Mann. Er, dessen Wahl zum Präsidenten der Republik, wie alle Sachkenner damals sofort behaupteten, den Weltkrieg bedeutete, er, dessen verdrehteste Rolle als Drahtzieher dieses Weltkrieges eben erst durch neue russische Dokumente auf das deutlichste nachgewiesen wurde, er wird wahrscheinlich nun als Chef der neuen Regierung zu beweisen haben, ob Frankreich allein stark genug ist, den Krieg gegen Deutschland mit denjenigen Mitteln fortzusetzen, die ihm gut dünken. Er wird sich dabei in erster Reihe mit Frankreich auseinandersetzen haben. Deutschland wird daneben zunächst abermals nur als zwar sehr beteiligter, aber trotzdem zur Untätigkeit verurteilter Zuschauer in Frage kommen. Er wird eine andere Art von Garantievertrag anstreben, und die Möglichkeit ist natürlich nicht ausgeschlossen, daß Lloyd George, wie ja in früheren Fällen auch, um des sogenannten lieben Friedens willen zu einem Teile wenigstens nachgibt — auf Kosten Deutschlands, und wenn es sein muß, auch Rußlands.

Im Augenblick jedenfalls ist die Cannes-Konferenz gesprengt, und es aus der Wirtschaftskonferenz in Genua noch etwas werden kann, wissen die Götter. Frankreich aber ist mehr als je vor der Welt als Friedensförderer, als Friedenshindernis entlarvt, als das Land, das nun einmal mit seinen Nachbarn nicht in Frieden leben kann. So gesehen, werden unsere ehemaligen Feinde vielleicht auch ihr Urteil über die Kriegsschuld im Jahre 1914 einer Revision unterziehen wollen.

## Die Schlußigung in Cannes.

Cannes, 13. Jan. Der Oberste Rat versammelte sich heute vormittag um 11 Uhr zum letzten Male in Cannes. Die Sitzung dauerte bis 12.30 Uhr. Lloyd George verlas als Vorsitzender der Konferenz das von Briand gesandte Telegramm. Der Oberste Rat sprach sein Bedauern über den Rücktritt Briands aus und Lloyd George schlug die Abendung eines Telegramms an Briand vor, worin diesem für den Empfang des Obersten Rates auf französischem Boden und für die Art und Weise, wie er dazu beitrug, daß die Konferenz von Cannes Ergebnisse für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas erzielen konnte, der Dank ausgesprochen wird. Man gab der Hoffnung Ausdruck, daß diese Ergebnisse Früchte tragen werden.

Lloyd George teilte dann mit, daß der Oberste Rat zu der Einschließung gekommen sei, daß er in Abwesenheit eines seiner Mitglieder mit den Verhandlungen nicht fortfahren könne und daher beschlossen habe, die Konferenz zu vertagen. Er erwähnte, daß die Aufgabe der Konferenz zum Teil gelöst worden sei, insbesondere sei beschlossen worden, eine Wirtschaftskonferenz nach Genua einzuberufen, zu der die deutsche Regierung eingeladen werden solle. Mit Befriedigung habe er den gestrigen Ausführungen Dr. Rathenaus entnommen, daß die deutsche Regierung am Wiederaufbau Europas teilzunehmen gewillt sei. Er bedauerte, daß der deutschen Delegation Angelegenheiten bei den Verhandlungen erwachsen seien, die durch den Abbruch der Konferenz unterbrochen werden mußten. Die übrigen Delegationen befanden sich in derselben Lage. Die Reparationsfrage habe vertagt werden müssen. Soweit aber das Erluchen der deutschen Regierung um ein Moratorium in Betracht komme, werde die Reparationskommission sofort eine Antwort erteilen. Hierauf verlas der Vorsitzende der Reparationskommission Dubois die nachstehende

### Entscheidung:

Die Reparationskommission beschließt, der deutschen Regierung eine vorläufige Verzugsfrist für die am 15. Januar und 15. Februar 1922 fälligen Raten zu gewähren, soweit diese Zahlungsvorschläge durch geleistete oder noch zu leistende Zahlungen und durch Sachlieferungen oder Einnahmen aus dem Recovery Akt, die schon eingegangen sind oder bis zu den oben genannten Daten eingegangen sein werden, nicht schon gedeckt sind, und zwar unter Vorbehalt der nachstehenden Bedingungen: 1. Während der vorläufigen Verzugsfrist zahlt die deutsche Regierung aller 10 Tage 31 Millionen Goldmark in zugelassenen Devisen. Die erste Zahlung erfolgt am 18. Januar 1922.

2. Die deutsche Regierung unterbreitet binnen 14 Tagen der Reparationskommission einen angemessenen Reform- und Garantieplan betreffend das deutsche Budget und den deutschen Papiergeldumlauf, sowie ein vollständiges Programm für die Zahlungen und Sachlieferungen für das Jahr 1922.

3. Die vorläufige Verzugsfrist geht zu Ende, sobald die Reparationskommission oder die alliierten Regierungen eine Entscheidung über den unter 2. erwähnten Entwurf und das Programm getroffen haben. Unbeschadet dessen kann in dieser Entscheidung vorgesehen werden, daß der Unterschied zwischen den tatsächlichen während der vorläufigen Verzugsfrist gezahlten Beträgen und den auf Grund des Londoner Zahlungsplanes fälligen Summen fällig wird und zu zahlen ist innerhalb 14 Tagen, gerechnet von dem Tage der je nach den Umständen von der Reparationskommission oder den alliierten Regierungen getroffenen Entscheidung.

Wenn der Entwurf und das Programm der Reparationskommission vorliegen, werden sie sofort den alliierten Regierungen übermittelt, die so in der Lage sein werden, entweder die Angelegenheit selbst in die Hand zu nehmen, oder sie an die Reparationskommission zurückzuverweisen, damit diese darüber entscheidet.

Reichsminister a. D. Rathenau erklärte, daß er namens der deutschen Regierung von der Einladung zur Konferenz in Genua Kenntnis nehme. Die deutsche Regierung sehe der Übermittlung des Einladungsschreibens entgegen. Er betonte ferner, daß aus den gegebenen Erklärungen hervorgehe, daß aus der Nichtzahlung der zum 15. Januar fälligen Summe für Deutschland keine unmittelbaren Folgen erwachsen.

Die hier vorliegende Entscheidung der Reparationskommission, die für die im Januar und Februar fälligen Zahlungen ein Moratorium unter gewissen Bedingungen vorsieht, ist der Reichsregierung heute in später Abendstunde bekannt geworden. Die Reichsregierung wird morgen vormittag in eine interne Besprechung darüber eintreten.

Lloyd George keineswegs überrascht.

Cannes, 14. Jan. (tu.) In englischen Kreisen wird berichtet, Lloyd George sei durch die Entscheidung, die die Dinge in Paris genommen haben, keineswegs überrascht gewesen. Man könne sich des Eindrucks nicht erwehren, daß Frankreich erst durch die Aera des Poincarés hindurch müsse und daß, wenn der Nationalismus sich selbst ab absurdam abgeführt habe, Frankreich erst für eine Politik der europäischen Konsolidierung und Friedenszusammenarbeit. Man müsse diese unvermeidliche Entwicklung mit Geduld abwarten, sie könne unmöglich von langer Dauer sein und bis dahin gelte es, die Nerven nicht zu verlieren.

## Die Auffassung in Berlin.

Während in Paris die Bemühungen Poincarés, sein neues Kabinett zu bilden, in dem er selbst das Außenministerium übernehmen will, mit Windeseile vorwärtsschritten, herrschte in Cannes die Bestürzung und das Durcheinander des plötzlichen Abbruchs und Ausbruchs. Die Delegationen der verschiedenen Staaten, unter ihnen auch die deutsche, rühten sich alsbald zur Abreise, aber überall sah man, wie berührt wird, ernste Gesichter, da man sich über die weittragenden gefährlichen Folgen dieses beispiellosen Zwischenfalls seiner Täuschung hingibt.

Auch in Berlin herrscht bei aller Zurückhaltung der amtlichen Stellen durchaus die Meinung vor, daß wir sehr frühen Zeiten entgegengehen. Die Parteien werden vor dem am 19. Januar festgesetzten Zusammentritt des Reichstages zu der neuen Lage Stellung nehmen, ebenso der auswärtige Ausschuss. Der Reichskanzler wird den Reichstag wahrscheinlich mit einer Regierungserklärung eröffnen. Man beschließt, daß die Dinge sich so entwickeln könnten, daß auch Wirths persönliche Politik gegenüber einer kargen französischen Benennung unausführbar würde. Auch ist zu bedenken, daß am Sonntag, den 15. d. M. die Januarrate der Reparation fällig wird. Sie beträgt nach dem Londoner Zahlungsplan beinahe 500 Millionen Goldmark. Bis zur Stunde liegt aus Cannes noch keine Mitteilung vor, daß die von der Reichsregierung begehrte Stundung bewilligt sei. Vielleicht trifft nun die Reparationskommission selbständig darüber eine Entscheidung.

Sehr zurückhaltend urteilen auch die in Berlin anwesenden Vertreter und Diplomaten der fremden Staaten. Ihre Ansicht geht im allgemeinen dahin, daß man es mit einer sehr schwerwiegenden Krise, nicht aber mit einer eigentlichen Katastrophe zu tun habe.

## „Zurück zu Versailles!“

### Pressestimmen zu Briands Rücktritt.

Die Stellungnahme der deutschen Presse zu der französischen Kabinettskrise, die den Mann der diplomatischen Kompromisse, Briand, zwang, dem Namen der rücksichtslosen „scharfen Tonart“, dem Kriegsheer Poincaré, den Platz zu räumen, läßt überall die ernste Sorge erkennen, daß für Deutschland nun noch schwerere Zeiten kommen könnten. Dieser Ministerwechsel bedeutet auf dem Wege zum internationalen Wiederaufbau einen so verhängnisvollen Rückschritt, daß sich in allen Blättern eine Auffassung wiederfindet, die das Zentrumblatt „Germania“ treffend in die Worte kleidet: „In Frankreich ist die Parole des Tages: Zurück zu Versailles! Von den sonstigen Äußerungen führenden Blättern sei ferner erwähnt: Die „Deutsche Tageszeitung“ fragt: Ist es gelungen, durch all den guten Willen auf deutscher Seite, durch unsere Erfüllungsbereitschaft, durch unsere Opfer, Frankreich